Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 43 (1964)
Heft: 11

Artikel: China : Atommacht mit und ohne Hosen
Autor: Roschewski, Heinz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337581

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Einflußmöglichkeit von Gewerkschaft und Politik auf die Wirtschaft

Ich nehme einen Einwand der Mitbestimmungsgegner vorweg: Der Arbeitnehmer habe über die Gewerkschaften und politischen Parteien genügend Einfluß auf das volkswirtschaftliche Geschehen.

Diese Behauptung ist in gewissen Fällen bedingt richtig, jedoch meistens eine verfehlte Wunschvorstellung. Die Gewerkschaften sind in ihrem Wesen nach Schutz- und Abwehrorganisationen. Sie müssen sich Tag für Tag mit den von den Arbeitgebern geschaffenen «Faits accomplis» – seien es Bilanzen, Kapitalerhöhungen oder Produktionsänderungen – auseinandersetzen, und diese dauernd wechselnden volkswirtschaftlichen Bühnenbilder aus der Sicht des Arbeitnehmers beleuchten und analysieren. Es ist klar, daß die Gewerkschaften bei der dauernden Verfolgung und Untersuchung der von den Arbeitgebern gelieferten Tatsachen weder die rechtlichen Grundlagen noch die Aufgabe haben, nicht gewünschte betriebswirtschaftliche Erkenntnisse weiterzugeben und auf deren Nichtanwendung zu drängen. Wenn man anderseits den Gewerkschaften vorwirft, daß sie nur Forderungen stellten, so ist darauf zu sagen, daß die Gewerkschaften von Zeit zu Zeit ihren Anteil an den wohlverdienten Früchten der wirtschaftlichen Weiterentwicklung für die Arbeitnehmer fordern und einheimsen müssen.

Was die politische Einflußmöglichkeit anbelangt, so kann das Parlament in den meisten Fällen wirtschaftlicher Entscheidungen nur noch vollzogene Entwicklungen, gebräuchliche Neuerungen durch einen gesetzgeberischen Akt legalisieren und damit meistens einer verbesserten juristischen Lage entgegenführen (verschiedene Regelungen im Rahmen des Arbeitsgesetzes, Stockwerkeigentum). Eine andere Seite der parlamentarischen Tätigkeit im wirtschaftlichen Bereich ist die Anordnung von Notmaßnahmen und Stützungsaktionen aller Art (Subventionen, Anwendung der Wirtschaftsartikel, Konjunkturprogramm). (Fortsetzung folgt)

HEINZ ROSCHEWSKI

China - Atommacht mit und ohne Hosen

Weltpolitische Fronten in Bewegung

Die Fronten der Weltpolitik, die völlig erstarrt schienen, sind in Bewegung geraten. Noch vor weniger als einem Jahrzehnt schien sich die Welt in drei scharf voneinander abgegrenzte Gruppen geteilt zu haben. Zwei davon standen einander in heftiger Feindschaft gegenüber, in einem Kalten Krieg, von dem man befürchtete, er könne jederzeit in einen heißen übergehen. Eine dritte Gruppe suchte sich dem Kampf der beiden Hauptgegner, der Vereinig-

ten Staaten und der Sowjetunion, fernzuhalten. Sie war keineswegs in sich geschlossen, keineswegs neutral. In ihr befanden sich Staaten, die dem kommunistischen Block noch schärfer entgegengesetzt waren als manche Länder des westlichen Lagers, etwa die Schweiz, und auch Völker, deren Führungen sich zu einer sogenannten dritten Kraft verbanden und faktisch dem Ostblock näherstanden als dem Westen: Jugoslawien, Ägypten, zum Teil auch Indien.

Risse im Westen und im Osten

Im Westen entstand der erste große Riß mit der Suezkrise, als damals Washington, ungeachtet eines im MacCarthyismus auslaufenden sturen Antikommunismus, die Geschäfte Moskaus besorgte, indem es England, Frankreich und Israel in die Arme fiel. Damals und mit den sich anschließenden Entwicklungen in Nordafrika begann die Entfremdung zwischen Washington und Paris, die das Atlantische Bündnis heute noch schwächt. Daß neuestens de Gaulle den Chinesen die Hand hinstreckte, gehört im Grunde in die gleiche Entwicklung, wie auf der andern Seite die faktische, wenn auch immer wieder vernebelte Parallelschaltung der Weltpolitik der USA und der UdSSR im Gefolge der Kubakrise. Es ist zu vermuten, und der Historiker Otto Forst de Battaglia betrachtet es in einer Untersuchung in der «Schweizer Rundschau» sogar als sicher, daß die wieder aufgefrischte Koexistenzpolitik Chruschtschews gegenüber den USA, unter Kennedy begonnen und unter Johnson zwar aufs Eis gelegt, doch nicht im leisesten zum alten Eisen geworfen, wesentlich als Druckmittel gegenüber dem seit 1960 immer störrischer werdenden China eingeleitet worden ist.

China drängt zur Weltgeltung

Denn China rückt immer mehr in den Vordergrund des weltpolitischen Geschehens, gleichgültig ob es sich um die kommunistische Infiltration in Südostasien, um die Machtansprüche der Chinesen gegenüber Indien oder um die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen der «Oligarchie in Peking» und den «Ideologen im Kreml» handelt. Dabei geht vom ideologischen Konflikt zwischen Peking und Moskau eine weltpolitische Dynamik aus. Die Thesen Chinas, daß die russischen Kommunisten im Begriff seien, zu verbürgerlichen, eine revisionistische Politik zu betreiben und die Weltrevolution zu verraten, haben in vielen kommunistischen Hirnen gezündet. Die Folge ist, daß sich die Kommunisten in aller Welt spalten und daß in den kommunistischen Parteien Fraktionen entstehen, die sich an Chinas Politik orientieren. Dadurch schwindet das Prestige der Machthaber im Kreml. Ihre führende Rolle in der kommunistischen Welt wird durch China in Frage gestellt. Aber nicht nur die Auslegung der kommunistischen Ideologie und die Festsetzung der weltweiten Strategie will China nunmehr in die eigenen Hände nehmen.

Es will im kommunistischen Block nicht länger die zweite Geige spielen und ist dabei, die Bande zu den russischen «Brüdern» zu lösen. Dabei nehmen es die chinesischen Kommunisten in Kauf, daß der Ostblock seinen monolithischen Charakter verliert, daß eine Spaltung die Kraft der kommunistischen Bewegung schwächt.

Mao Tse-tung präsentiert Chruschtschew die Rechnung

Erwin Erasmus Koch, Ostasien-Korrespondent zahlreicher Zeitungen, dessen Berichte auch in der «Volksstimme» erscheinen, hat soeben in einem Taschenbuch («Rotchina ist anders», Verlag Herder, Freiburg i. Br.) einen interessanten Lagebericht über China abgegeben. Er stellt das heutige China dem Bild des alten Reiches der Mitte gegenüber und zeigt, was aus dem von den Kolonialherren systematisch abgewrackten und dem Untergang preisgegebenen China geworden ist. Er kommt zum Schluß, daß der ideologische Streit zwischen Peking und Moskau nicht so sehr um Meinungsverschiedenheiten in der Auslegung des Marxismus-Leninismus geht. Es handle sich vielmehr um die Rechnung, die Mao Tse-tung heute der Sowjetunion für das in der Vergangenheit von Rußland an China begangene Unrecht präsentiert.

Der russische Imperialismus in Asien

In der Tat hat der russische Imperialismus, unter dem Zarismus schon im 17. Jahrhundert begonnen und nach der Revolution besonders von Stalin weitergeführt, seine größten Gewinne auf Kosten Chinas gemacht. Man denke an die Ausdehnung in Asien nach Sibirien und darüber hinaus, bis zum Amur, bis zur Pamir-Hochebene Sinkiangs, bis zu Turkestan, anderseits bis zur Mandschurei. Noch vor dem Zweiten Weltkrieg vollendete die Sowjetunion die Lösung der Äußeren Mongolei aus dem Gebilde der Republik China. Nach dem Krieg, 1945, zwang die Sowjetunion ihren chinesischen Alliierten, Port Arthur wiederum an Rußland abzutreten; zudem verlangte und erhielt Moskau koloniale Vorrechte in der chinesisch-mandschurischen Hafenstadt Dairen. Die Krönung dieser Politik bildete jedoch die Demontage der Stahlwerke und Maschinenfabriken in Mandschutikuo, dem größten Industrierevier Asiens. Denn als die Chinesen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Befreiung von den Japanern darangehen wollten, dort eine neue Stahlindustrie aufzubauen, fanden sie nichts mehr vor, wie E. E. Koch berichtet: Die Russen hatten 86 Prozent der Anlagen zur Erzaufbereitung, 62 Prozent der Stahlwerke, 66 Prozent der Kokereien, 100 Prozent der Kohlenwaschanlagen demontiert. Daraufhin mußten sich die Chinesen in ihrem Bündnis mit der Sowjetunion, abgeschlossen zu Moskau 1950, verpflichten, für ein ihnen gewährtes Darlehen von 300 Millionen USA-Dollars die entsprechenden Industrieausrüstungen und anderen Materialien in der Sowjetunion zu beziehen. China nahm notgedrungen diese eigenartige «Entwicklungshilfe» an, die ganz

im Dienste des russischen Imperialismus stand, aber es verschwendete nicht einen Yüan davon und blieb bemüht, wesentliche Leistungen aus eigener Kraft zu vollbringen.

Bereits zu spät

Mao Tse-tung hat das nicht vergessen. Als Chruschtschew die chinesischen Kritiker seines Kuba-Rückzuges am 12. Dezember 1962 an die «Kloaken der Imperialisten vor der eigenen Tür in Hongkong, Kowloon und Macao» erinnerte, entgegnete ihm die Hauptzeitung der chinesischen Kommunisten: «Wenn ihr Fragen dieser Art aufwerft, wollt ihr etwa damit das Problem der ungleichen Verträge zur Sprache bringen? Ist es euch schon durch den Kopf gegangen, was das für Folgen haben kann?» Chruschtschew schwieg damals dazu. Aber er versicherte der amerikanischen Regierung, die Sowjetunion werde keinen Finger krümmen, um den Chinesen zu einer Atomwaffe zu verhelfen. Doch dazu war es bereits zu spät. Jahrelang hatten chinesische und sowjetrussische Wissenschafter gemeinsam am wirtschaftlichen Aufbau Chinas gearbeitet, dessen Krönung die Nutzung der Kernenergie sein sollte.

«Ob mit oder ohne Hosen»

Erwin Erasmus Koch zitiert in seinem Buch «Rotchina ist anders» die Erklärung, die Ministerpräsident Tschu En-lai 1963 abgab:

«Ob mit oder ohne Hosen, ob mit oder ohne Wassersuppe, wir werden uns nicht selbst zu einer drittrangigen Nation erniedrigen. Drei schwere, an Katastrophen reiche Jahre haben das Volk von China nicht zugrunde richten können, und was immer geschehen mag, wir werden von der Industrialisierung nicht ablassen. Sie schreitet fort, im Nordosten, im Nordwesten, in den zentralen Provinzen, im Süden und im Südosten. Bedenken Sie, noch vor wenigen Jahren, um 1959, produzierten unsere Traktorenfabriken siebentausend Traktoren. Bald danach wurden es hunderttausend im jährlichen Ausstoß, und nun, im dritten Fünfjahresplan, hat sich diese Zahl vervielfacht. Vor wenigen Jahren noch waren wir ein Habenichts. Wie sollten wir mehr Traktoren herstellen können, wenn uns der Treibstoff fehlte, um sie zu betätigen? Wie sollten wir die Dörfer im weiten Land elektrifizieren, wenn wir kaum Energiequellen besaßen? Wie sollten wir jährlich 15 Millionen Menschen mehr ernähren, wenn Trockenheiten und Überflutungen Jahr für Jahr große Mengen der Ernten vernichteten? Wahrhaftig, wir sahen uns ungewöhnlichen Schwierigkeiten gegenübergestellt, und sie wurden nicht geringer, als die Sowjetunion die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen verweigerte. Doch deshalb haben wir uns nicht entmutigen lassen. Wir bauten das Eisenbahnnetz über Zehntausende von Kilometern aus, immer dichter wurde das Netz unserer Straßen. Wir entdeckten drei Millionen Quadratkilometer erdöltragende Schichtungen, die reichsten Vorkommen Chinas über-

haupt wurden angebohrt, wir deckten unseren Erdölbedarf, wenn auch nicht vollkommen, so doch derart, daß auch die noch offene Lücke bald geschlossen sein wird, wir mechanisierten die Kohleförderung in den wichtigsten Bergbaugebieten vollkommen, wir bauten riesige Staudämme und machten die Wasserkräfte der Elektrifizierung zunutze, Millionen und aber Millionen Hektar wurden künstlich bewässert. Das alles aber ist nur ein Anfang, jedoch ein fortgeschrittener Anfang. Sollten wir uns nun darauf beschränken, trotz allen Leistungen, trotz allen gesetzten Zielen der industriellen Nutzung unserer gewaltigen Rohstoffvorkommen eine unterentwickelte Nation zu bleiben? Nein, wir entschlossen uns, nicht nur einen halben ‚Großen Sprung nach vorn' zu machen. Daher gingen wir auch an die Erschließung der im Atom ruhenden Urkräfte. Ihre Nutzung wird umfassend sein und die Waffentechnik nicht ausschließen. Ob also mit oder ohne Hosen, China wird eine Atommacht werden.»

ROLF REVENTLOW

Italien: Hält die Linke Mitte stand?

Man kann wahrlich nicht behaupten, daß in Rom die Zeit stillstehe. Während spanische Kirchenfürsten, begreiflicherweise, die von ihren Kollegen anderer Länder für nötig erachtete Toleranz ablehnen und das Konzil offenbar noch kein endgültiger Abschluß des Modernisierungsprozesses der kirchlichen Hierarchie sein wird, sind am gleichen Orte die heftigen Gruppenauseinandersetzungen in der italienischen Politik noch in vollem Zuge.

Die seinerzeit begonnene Politik der Linken Mitte wurde ursprünglich von Giuseppe Saragat heißt verfochten, von dem Christdemokraten Moro in seiner Partei durchgesetzt und dann zuerst von Amintore Fanfani zum erstenmal in die Tat umgesetzt. Damals allerdings bekam Fanfani lediglich die parlamentarische Unterstützung der Nenni-Sozialisten (PSI). Man wartete einen ganzen Sommer lang, als Fanfani sich nicht halten konnte und ein Übergangskabinett der Christdemokraten die Geschäfte führte, daß Nenni sich in seiner Partei auf dem Parteitag 1963 durchsetze. Seither regierte bereits die zweite Regierung Moro, nunmehr aber mit einem ganz anderen Problem belastet. Es geht um den Richtungsstreit innerhalb der Christdemokraten. Während bei den Sozialisten recht eindeutig um die Frage gestritten worden war, Linke Mitte oder nicht, sind die Verhältnisse bei den Christdemokraten seit ihrem letzten Parteitag Mitte September 1964 weit komplizierter. Amintore Fanfani, der vor zwei Jahren auf einer sozialdemokratischen Tagung als der Vertreter des Gedankens der Linken Mitte gefeiert worden war, trat unter der Regierung Moro plötzlich mit Einwänden auf den Plan. Er sprach von der